

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

127/25

ÖSTERREICH - SÜDAFRIKA

Staatsbesuch

INTERVIEW

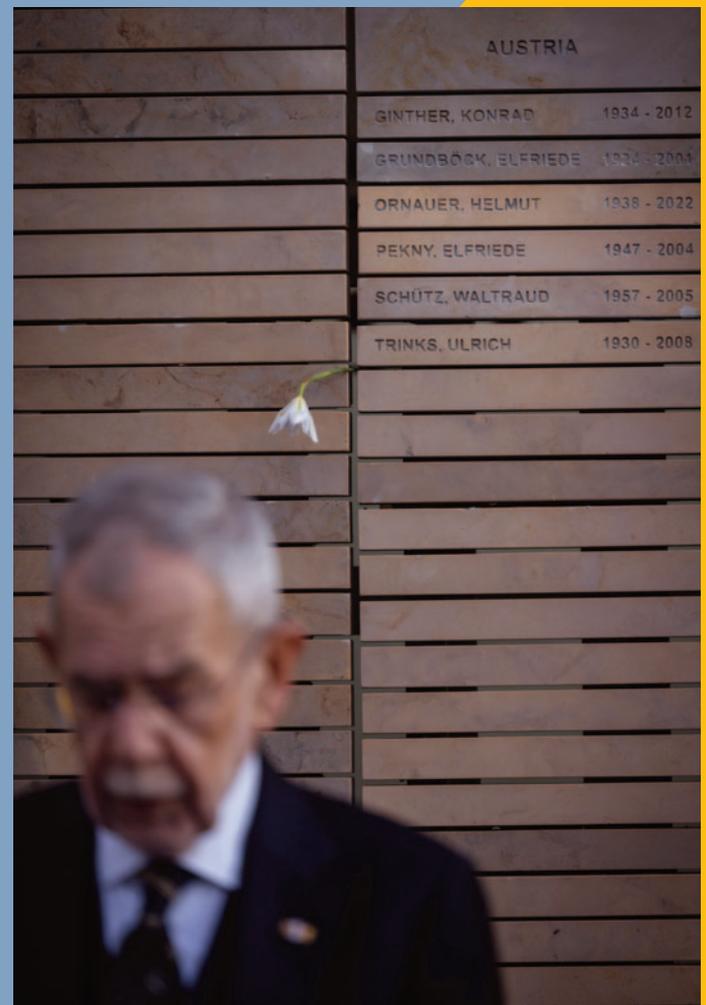
Van der Bellen

ZIMBABWE

Flüchtlinge am Scheideweg

AUSSTELLUNG

Albie Sachs zum 90er gewidmet



SADDOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADDOCC

- » **Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten auf Anfrage)**
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Lesezirkel Afrikanische Literatur (alle zwei Monate)**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADDOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 50,- sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 24,-. Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

2. Oktober: Ein Jahr Radio Indaba!

Am Donnerstag, den 2. Oktober um 16 Uhr, geht die einjährige Jubiläums-Ausgabe unseres Radioprogramms „Radio Indaba“ bei Radio Orange 94.0 auf Sendung. Wir widmen uns schwerpunktmäßig der Genozid-Diskussion in Namibia, würdigen den SADDOCC-Lesezirkel Afrikanische Literatur, der sich kürzlich zum 50. Mal getroffen hat, und blicken in Kurzmeldungen auf Südafrika und Tanzania. Die aktuelle Sendung kann unter <https://o94.at/programm/sendereihen/radio-indaba> gehört werden, und nachzuhören sind alle Ausgaben auf unserer Website unter www.sadocc.at/radio-indaba-archiv/. Unser Radiomacher ist Alexander Kupfer, südafrika- und radiointeressierte Mitarbeiter/innen sind herzlich willkommen!

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADDOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADDOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: *Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht*. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein), *Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich* (Bernhard Bouzek).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

Leserbrief

zu INDABA 126/25 (Schuhfabrik in Pietermaritzburg von Bernhard Bouzek)

Mit Interesse habe ich den Artikel zur Schuhproduktion „Jim Green“ in Südafrika gelesen. Als Info möchte ich mitteilen, daß es in Swakopmund ebenfalls eine Schuhmanufaktur gibt. Unter <https://swakopvellies.com/> kann man sie finden. „Vellies“ ist die lokale Bezeichnung, die man etwa mit Feldschuh übersetzen könnte. Seit fast 30 Jahren kaufe ich bei jedem Aufenthalt in Namibia dort für meine Frau, die Familie und Freunde Schuhe. Sie sind meist aus Kuduleder gefertigt, und es gibt sie in vielen Farben und Formen. Ich trage außer zu besonderen Anlässen nur noch Schuhe von dort, da sie äußerst bequem, dauerhaft und etwas Besonderes sind und nicht zuletzt die lokale Bevölkerung unterstützen. Ich kann nur jedem Besucher von Swakopmund empfehlen dort einzukaufen, und es gibt auch einen Web-Shop.

*Franz J. Fiedler
Geschäftsführender Gesellschafter der ecr
ECORISK GmbH sowie Honorarkonsul der
Republik Namibia für Oberösterreich und Tirol*

	3	<u>Historischer Staatsbesuch</u> Österreichs Bundespräsident in Südafrika
<u>Aktivist/inn/en gewürdigt</u>	4	
<u>Martha Schultz (WKÖ) zu Südafrika</u>	8	
	9	<u>Ramaphosa beeindruckend</u> Van der Bellen im Interview
	13	<u>ZIM-Flüchtlinge in Südafrika</u>
<u>G20 kritisiert globale Ungleichheit</u>	15	
	19	<u>Albie-Sachs-Ausstellung in Kapstadt</u>
<u>Albie Sachs und Österreich</u>	21	



IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Graz. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1070 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Mimi Amaichigh, Kristin Engel, Alexander Kupfer, Margit Niederhuber, Birgit Reiter, Walter Sauer, Martha Schultz, Max Nyamadzawo Sibanda, Monika Maria Steiner. **Fotos:** MOCAA (Priority, Jonathan Rees), ÖPK/Peter Lechner, Alois Pommer, Protokoll Land Kärnten/Kuess, www.. **Redaktions-schluß dieser Ausgabe:** 5. September 2025. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rüter; Godwin Schuster.

Van der Bellen in Südafrika: Ein role-model für Frieden und Stabilität

Von allen Seiten wird der erste Besuch eines österreichischen Bundespräsidenten in Südafrika als erfolgreich bewertet. Wir hoffen, daß er tatsächlich zu einer nachhaltigen Intensivierung der bilateralen Beziehungen beiträgt, und das nicht nur im Wirtschaftsbereich.

Seit vielen Jahren schon war eine Visite des Bundespräsidenten in Südafrika geplant gewesen, jedoch aus verschiedenen Gründen – teils auf österreichischer, teils auf südafrikanischer Seite gelegen und teils wegen Covid – nicht zustande gekommen. Nun war es endlich soweit. Begleitet von Ehefrau Doris Schmidauer, einer großen Wirtschafts- sowie Kultur- und Wissenschaftsdelegation und vier Journalist/inn/en (ORF, Kronenzeitung, OÖ Nachrichten und APA) traf Van der Bellen am 4. Juli zu einem viertägigen Staatsbesuch in Pretoria ein. Zu seinem Bedauern hatte kein Minister Zeit gefunden, ihn zu begleiten. Auch Außenministerin Beate Meinl-Reisinger nicht, für die Südafrika wohl keine Priorität darstellt.

Tags darauf bereitete Staatspräsident Cyril Ramaphosa seinem Amtskollegen einen großen Empfang: 21 Salutschüsse wurden abgegeben, vor den Union Buildings waren Gardesoldat/inn/en aufmarschiert. Immerhin war Van der Bellen das erste österreichische Staatsoberhaupt, das Südafrika besuchte. Beim halbständigen Gespräch der Präsidenten ging es auch um „geopolitische Ereignisse“, wie Ramaphosa (derzeit Vorsitzender der G20) bei der Pressekonferenz im



Doris Schmidauer mit Tshepo Motsepe, Alexander Van der Bellen mit Cyril Ramaphosa im Ehrenhof der Union Buildings

Anschluß sagte. Dabei hob er Südafrikas Einsatz für Multilateralismus, UN-Reform und Abrüstung hervor. Van der Bellen brachte die österreichische Haltung zum Krieg in der Ukraine zur Sprache. Ausführlicher äußerten sich beide Seiten zu den bilateralen Themen, insbesondere zur Wirtschaft. Südafrika ist Österreichs größter Handelspartner auf dem afrikanischen Kontinent, angeblich 70 heimische Firmen haben dort inve-

stiert. Van der Bellen hatte schon am ersten Tag seines Besuchs eine Fabrik des Vorarlberger Recyclingherstellers ALPLA in Lanseria nördlich von Johannesburg (sowie das Mandela-Haus in Soweto) besucht, und beide Staatsoberhäupter nahmen noch am 4. Juli an einem Business-Forum teil, das neben der österreichischen Wirtschaftsdelegation (geleitet von WKÖ-Vizepräsidentin Martha Schultz, siehe S. 8) auch von zahlreichen südafri-

ehrt Österreich

Helmut Ornauer (1938–2022)

Langjähriger Direktor der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Entwicklung und Mission. Als ehemaliger Entwicklungshelfer in Ecuador spielte er eine Schlüsselrolle bei der Politisierung der kirchlichen Entwicklungspolitik. Eines seiner Interessen galt Südafrika. Mehrfach bot er südafrikanischen Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft eine Plattform. Als 1985 der Generalsekretär der Südafrikanischen Bischofskonferenz verhaftet wurde, startete Helmut in Zusammenarbeit mit der AAB eine Kampagne für seine Freilassung. Im Vorfeld einer Solidaritätsreise nach Südafrika wurde ihm sowie Bischof Florian Kuntner 1988 von Pretoria das Visum verweigert (www.katholisch.at/aktuelles/138358/trauer-um-kirchlichen-entwicklungshilfepionier-helmut-ornauer).

Elfriede Pekny (1947–2004)

gehörte zu den Gründern der AAB in Österreich und war viele Jahre lang in deren Vorstand tätig. Sie wurde in eine Arbeiterfamilie in Wien geboren. Schon früh engagierte sie sich in der Jugendorganisation der Evangelischen Kirche. Ende der 1960er Jahre war sie gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aktiv. Nach Gründung der AAB 1977 trugen ihre unermüdlichen Bemühungen wesentlich zum Wachstum der Organisation bei. 1993 wurde sie zur Generalsekretärin von SADOCC gewählt. Nach ihrem vorzeitigen Tod gingen zahlreiche Beileidsbekundungen ein, darunter auch von Erzbischof Tutu (www.sadocc.at/sadocc.at/ > Elfriede Pekny-Gedächtnisseite).

Waltraud Schütz (1957–2005)

Nationalratsabgeordnete der SPÖ und 3. Welt-Aktivistin. Nach Abschluß ihres Studiums engagierte sich in der sozialistischen Frauenbewegung. Schon früh beteiligte sie sich an AAB-Aktivitäten, insbesondere am Fruchteboykott. Zwischen 1986 und 1994 vertrat Waltraud die SPÖ im Nationalrat, wo sie sich für Sanktionen gegen das Apartheidregime einsetzte. Als Mitglied der *Vereinigung europäischer Parlamentarier gegen Apartheid* (AWEPA) war sie an den Vorbereitungen für die Un-



abhängigkeit Namibias beteiligt. Nach ihrer politischen Karriere wirkte sie als Koordinatorin der heimischen Entwicklungszusammenarbeit in Moçambique und widmete sich später dem Aufbau eines Projekts in Kenya. Dort verstarb sie tragisch und unerwartet (https://de.wikipedia.org/wiki/Waltraud_Sch%C3%Bctz).

Ulrich Trinks (1930–2008)

Langjähriger Direktor der Evangelischen Akademie. Er war ein überzeugter Vertreter des „Reformflügels“ innerhalb der protestantischen Kirche in Österreich und engagierte sich für den christlich-jüdischen Dialog. In den 1970er Jahren geriet er in Konflikt mit der lutherischen Kirchenleitung, die sich weigerte, das Programm des Weltkirchenrats zur Bekämpfung des Rassismus zu unterstützen. Ulrich Trinks engagierte sich für dieses und machte die Evangelische Akademie zum Zentrum einschlägiger Aktivitäten. Bei der Gründung der AAB spielte Uli eine tragende Rolle. Darüber hinaus engagierte er sich gegen rechtsextreme Tendenzen und für die Rechte der Kärntner Slowenen (https://de.wikipedia.org/wiki/Ulrich_Trinks).

Im Anschluß an die Zeremonie in Freedom Park schrieb der südafrikanische Kulturminister Gayton McKenzie auf X: *„These individuals [...] were more than bystanders. They were activists, organisers, and voices of conscience who helped build solidarity networks, pressured their government to act, and supported the liberation movements. Their actions helped isolate apartheid and strengthen the global call for justice. Today's ceremony was a powerful reminder that the fight for freedom and dignity is a shared struggle – and that solidarity has no borders.“*



Pressekonferenz: Gegen Trump und FPÖ

licherweise für eine stärkere Präsenz Österreichs in Afrika aus. Die Botschaft in Pretoria sei für zehn Länder zuständig: „In Afrika bei diesen Entfernungen, wie soll das funktionieren? So geht das nicht.“

Die Teilnehmer/inne/n am Podium bildeten eine repräsentative Mischung der südafrikanischen Zivilgesellschaft. Ferial Haffajee z. B., stellvertretende Herausgeberin der Tageszeitung *Daily Maverick*, wertete die im Vorjahr gebildete Zehn-Parteien-Regierung als zwar ziemlich krisenanfällig, insgesamt aber positiv für die südafrikanische Demokratie. Koalitionsregierungen würden der Normalfall bleiben,

Keine Ministerbegleitung

weil der jahrzehntelang dominierende *Afrikanische Nationalkongress* (ANC) seine absolute Mehrheit nicht mehr zurückgewinnen würde (Van der Bellen fühlte sich laut Medien diesbezüglich an Österreich erinnert, wo SPÖ und ÖVP auch mehrere Jahrzehnte lang gemeinsam 90 bis 95 Prozent der Stimmen hatten und es nun nicht einmal mehr für eine gemeinsame Mehrheit reiche). Wirtschaftsexpertin Busiswe Mawuso zeigte sich besorgt über die schlechten Beziehungen zu den USA. Die Verhängung hoher Zölle würde „eine

mit Brasilien, Rußland, Indien und China. Positiver sah das der Investmentexperte Duncan Bonnet. Anders als andere afrikanische Länder sei Südafrika nämlich nicht von ausländischen Investitionen abhängig, sondern habe sich insbesondere im Bereich erneuerbare Energien oder bei mobilen Bezahlsystemen international profiliert.

Naturngemäß nahm auch Van der Bellen zur politischen Lage in Südafrika Stellung. So bei der gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Präsidentengespräch: „Südafrika ist nicht nur ein wirtschaftliches Power-House in Afrika, es ist nicht nur ein geopolitisch wichtiger Player in Afrika und der Welt, es ist nicht nur ein wichtiger Akteur im multilateralen Bereich, v.a. im Bereich der Ab-

wirtschaftliche Katastrophe“ für Südafrika sein. Die Gründe dafür seien politische, etwa das Engagement Südafrikas für die Palästinenser, die Kontakte zum Iran oder die Mitarbeit in der BRICS-Gruppe

rüstung und Non-Proliferation. Es ist vor allem auch ein Vorbild durch seinen gewaltfreien, inklusiven Übergang zu Demokratie und zur ‚Regenbogennation‘. Südafrika ist heute in Afrika ein role-model für Frieden und Stabilität.“

Von einem österreichischen Journalisten nach der Aufforderung der FPÖ gefragt, bei seinem Staatsbesuch die „prekäre Menschenrechtslage“ in Südafrika anzusprechen (Genozidvorwurf an weißen Farmern: INDABA 126/25), stellte sich der Bundespräsident klar gegen diese Behauptung: „Wir haben das besprochen: Nämlich, daß das ein Unsinn ist.“

Sicher war das Musik in Ramaphosas Ohren, und er bedankte sich denn auch bei Alexander Van der Bellen für diese Aussage: „Ich habe immer gewußt, daß Sie ein großer Verbündeter sein werden. Letztlich handelt es sich um eine Fiktion von jenen Leuten, die unser Land in einem schlechten Licht darstellen wollen. Es ist nicht ein Funken Wahrheit in der Aussage, daß es in Südafrika einen Genozid gibt.“

Als FPÖ-Außenpolitiksprecherin Susanne Fürst in einer neuerlichen Stellungnahme Kritik an Van der Bellen's Haltung übte, reagierte SA-DOCC mit einer Presseerklärung am 7. Juli – Wortlaut siehe S. 7.

Kranzniederlegung in Freedom Park



Zu einer bewegenden Zeremonie gestaltete sich der gemeinsame Besuch des Bundespräsidenten und des südafrikanischen Kulturministers Gayton McKenzie (*Patriotic Alliance*) in der Gedenkstätte Freedom



Für Berufsbildung: Nikolaus Marschik und Nobuhle Nkabane

Park in Pretoria. Ramaphosa hatte bei der Pressekonferenz die lang zurückreichende bilaterale Zusammenarbeit erwähnt und – etwas vereinfachend – dem österreichischen Volk für seine Unterstützung während des Kampfes um Demokratie in Südafrika gedankt. *„Wir sind überzeugt davon, daß diese Solidarität eine feste Basis für unsere Kooperation gelegt hat.“* Als offizielle Würdigung des österreichischen Anti-Apartheid-Engagements, an dem sich staatliche Institutionen allerdings nur zögernd beteiligt hatten, eröffneten die beiden Politiker ein Memorial am sog. *Wall of Names* zum Gedenken an sechs Persönlichkeiten, die sich in den 1970er- und 1980er Jahren beispielgebend gegen die südafrikanische Politik der Rassendiskriminierung eingesetzt hatten (vgl. S. 4). Van der Bellen legte außerdem einen Kranz zum Gedenken der Opfer des Apartheid-Regimes nieder.

Etwas informeller lief der zweite Teil des Besuchs in Südafrika ab, der zweitägige Aufenthalt in Kapstadt. Auf dem Programm stand unter anderem ein Besuch des größten Museums für Gegenwartskunst in Afrika, des *Zeitz Museum of Contemporary Art Africa* (MOCAA) an der Waterfront. Da der österreichischen Delegation auch führende Museums-

expert/inn/en angehörten, unter ihnen Belvedere-Direktorin Stella Rollig und die neue Weltmuseumsdirektorin Claudia Banz, ist in den kommenden Jahren auch auf eine Kooperation im Museums- und Ausstellungsbereich zu hoffen. Darüber hinaus müßte das neue Übereinkommen zur Lehrlingsausbildung, das von der südafrikanischen Ministerin für höhere Bildung, Nobuhle Nkabane, und dem General-

Anti-Apartheid-Bewegung geehrt

sekretär des Außenministeriums in Wien, Nikolaus Marschik, unterzeichnet wurde, mit Leben erfüllt werden. Angedacht sind die Aufnahme einheimischer Lehrlinge in österreichischen Firmen in Südafrika (und in speziellen Fällen auch in Österreich) sowie Erfahrungsaustausch zwischen einschlägigen Bildungseinrichtungen beider Länder. Verstärkt soll es in Südafrika zu einer Verbindung theoretischer Ausbildung mit „training on the job“ kommen, wofür das „duale Ausbildungssystem“ Österreichs als Orientierung dienen könnte. Ministerin Nkabane hob anläßlich der Unterzeichnung weiters die bestehenden Universitätspartnerschaften zwischen den beiden Universitäten in Kapstadt und der Kepler-Universität in Linz bzw. der Universität von Pretoria mit der Wirtschafts- und der Technischen Universität in Wien hervor.

SADOCC weist FPÖ zurecht

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) weist die FPÖ-Kritik an der Menschenrechtslage in Südafrika „empört“ zurück.

„Alle Welt (nur die Frau Fürst nicht) weiß, daß der Sturz des Apartheidregimes durch freie Wahlen 1994 nicht nur einen Sieg im globalen Kampf gegen institutionalisierten Rassismus bedeutet“, so Obmann und Historiker Walter Sauer heute in einer Aussendung.

Das Ende der Apartheid habe Südafrika auf einen nachhaltigen Kurs in Richtung Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe gesetzt, so Sauer weiter.

FPÖ-Außenpolitiksprecherin Susanne Fürst hatte am Freitag Bundespräsident Alexander Van der Bellen aufgefordert, bei seinem Staatsbesuch in Südafrika die *„prekäre Menschenrechtslage“* anzusprechen. In einer Aussendung anknüpfend an Aussagen von US-Präsident Donald Trump behauptete Fürst, daß in Südafrika *„seit dem Ende der Apartheid systematisch weiße Farmer verfolgt, enteignet und in hoher Zahl brutal ermordet werden“*.

„Wir haben das besprochen: nämlich, daß das ein Unsinn ist“, sagte Van der Bellen am Freitag bei einer Pressekonferenz mit seinem Amtskollegen Cyril Ramaphosa in Pretoria zu dem Streit über den angeblichen „Genozid“ an weißen Farmern in Südafrika. Ramaphosa bedankte sich bei Van der Bellen für dessen Aussage.

(APA, 7. Juli 2025)

Südafrika und Österreich: Partnerschaft mit Perspektive

Martha Schultz, Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), leitete die Wirtschaftsdelegation, die den Bundespräsidenten nach Südafrika begleitete. Sie verfaßte ihren Beitrag exklusiv für INDABA.

Die Eindrücke von Südafrika – der Sonnenaufgang über Kapstadt mit Tafelberg und Ozean auf beiden Seiten, die Vielfalt der Sprachen, Gesichter, Stimmen – bleiben haften. Und mit ihnen das Gefühl, in ein Land zu kommen, das auf seine Geschichte nicht nur mit Stolz oder Schmerz, sondern vor allem mit Verantwortung blickt. Der Besuch mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der von einer Wirtschaftsdelegation mit 12 österreichischen Unternehmen begleitet wurde, war mehr als eine politische oder wirtschaftliche Mission. Die Reise war eine Begegnung mit einem Land, das sich im Aufbruch befindet und nach vorne blickt.

Viele Österreicher/innen verbinden mit Südafrika beeindruckende Landschaften und die Geschichte der Überwindung der Apartheid. Weniger bekannt ist in Österreich bislang, welche wirtschaftlichen Potentiale in der Partnerschaft beider Länder liegen. Dabei sprechen die Zahlen eine klare Sprache: 2024 gingen knapp 25 Prozent aller österreichischen Exporte nach Afrika nach Südafrika – ein Volumen von über 660 Millionen Euro. Südafrika ist damit unser wichtigster Wirtschaftspartner auf dem Kontinent. Dennoch scheint dieses Potential im österreichischen Bewußtsein noch nicht vollständig angekommen zu sein.

Umso wichtiger war es, im Rahmen unserer Reise konkrete



Projekte kennenzulernen, etwa die „State-of-the-Art“-Megaplan des Vorarlberger Unternehmens ALPLA in Lanseria. Hier verbindet sich Technologie mit ökologischer Verantwortung, unternehmerischer Erfolg mit sozialer Wirkung. ALPLA investiert nicht nur in Technik, sondern auch in Menschen – mit dem *Future Corner*, einem Ausbildungszentrum nach österreichischem Vorbild. Der Besuch bei *COOKtastic* in Kapstadt hat gezeigt, was mit Einsatz und Willen möglich ist. *COOKtastic* ist ein junges dynamisches Social Impact-Start-up im Bereich Gastronomie, das durch Mittel aus Österreich unterstützt wird. Eine Kochschule mit Bistro und Catering für talentierte, motivierte Jugendliche aus prekären Verhältnissen aus den Townships. Es sind solche Initiativen, die zeigen, daß österreichisches Know-how vor Ort nicht nur willkommen ist, sondern gebraucht wird und Wirkung entfaltet.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickeln sich positiv. Be-

sondere Chancen bietet etwa der Logistiksektor: Mit der notwendigen Modernisierung des staatlichen Transport-Konzerns und der damit verbundenen Öffnung für *Public-Private-Partnerships* – etwa beim Ausbau der Häfen von Durban bzw. Kapstadt und der Renovierung bzw. Revitalisierung des Schienennetzes – ergeben sich Ansätze für Zusammenarbeit.

Für österreichische Unternehmen in den Bereichen Infrastruktur, Umwelttechnologie, Anlagenbau oder Wasserwirtschaft, entstehen dadurch konkrete Anknüpfungspunkte. Wer sich mit dem südafrikanischen Markt intensiver beschäftigen möchte, findet in unserem AußenwirtschaftsCenter Johannesburg einen starken Partner. Es bietet Orientierung, lokale Expertise und ein verlässliches Netzwerk.

Die Reise hat mir gezeigt, wie groß das gegenseitige Interesse ist und wie viel Vertrauen bereits vorhanden ist. Südafrika ist längst mehr als ein ferner Absatzmarkt. Es ist ein politisch selbstbewußter, wirtschaftlich aufstrebender Partner, mit dem wir auf Augenhöhe zusammenarbeiten können und sollten. Wenn wir diese Partnerschaft jetzt vertiefen – wirtschaftlich, politisch, menschlich –, dann legen wir das Fundament für eine Zusammenarbeit, die weit über Handelszahlen hinausreicht.

Afrika miteinbeziehen

Alexander Van der Bellen im Interview

Herr Bundespräsident, Sie haben laut Medienberichten die niedrige Präsenz Österreichs und der europäischen Staaten in Afrika kritisiert. Warum sollte Ihrer Meinung nach Österreich verstärkt in Afrika präsent sein, wie könnte eine höhere Präsenz erreicht werden?

Afrika ist ein wirtschaftliches Power-House, ein Kontinent voller Chancen. Die Jugend, der Unternehmergeist und der technologische Aufbruch in vielen afrikanischen Staaten machen deutlich, daß Afrika einfach ein wichtiger Partner für die Zukunft ist. Auch andere globale Akteure haben das erkannt und versuchen, sich dort Einfluß zu sichern. Ich glaube, daß Afrika ein „natürlicher“ Partner für Europa sein kann und muß. Allein unser Staatsbesuch in Südafrika – Vorsitzland der G20 – im Juli, der erste eines österreichischen Bundespräsidenten in Südafrika überhaupt, ist ein Schritt in Richtung Intensivierung der Beziehungen und der Präsenz. Da müssen wir dranbleiben.

Mit dem südafrikanischen Staatspräsidenten Cyril Ramaphosa haben Sie auch über die Weltlage und verschiedene Krisenherde gesprochen. Wo sehen Sie Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede zwischen den südafrikanischen und den österreichischen Positionen im internationalen Bereich?

Ich hatte in meinen Gesprächen mit Präsident Ramaphosa den Eindruck, daß Südafrika sehr genau beobachtet, was auf der Weltbühne passiert. Süd-



afrika hat auch Gesprächskanäle mit Rußland und China – kann also vielleicht auch versuchen, seinen Einfluß geltend zu machen. Cyril Ramaphosa kommt ja aus der Gewerkschaftsbewegung und ist, so scheint es mir, jemand, der versucht zu vermitteln. Beim Thema Gaza hat Südafrika natürlich eine deutlich Israel-kritischere Haltung als Österreich. Aber wir sind auch in einigen Bereichen absolut „like-minded“ – wie zum Beispiel im Bereich Abrüstung.

Ihr Staatsbesuch in Südafrika hat zweifellos zu einer neuen Qualität der bilateralen Beziehungen beigetragen. Welche Erwartungen hegen Sie für die weitere Entwicklung, zu welchen Schwerpunkten sollte es kommen?

Wir hatten bei unserem Staatsbesuch eine große Wirtschafts-, Kultur-, und Wissenschaftsdelegation mit an Bord. Die dortigen Gespräche und Termine sind sehr gut verlaufen. Dementsprechend glaube ich, daß in all diesen Bereichen die Kooperationen und

der Austausch weiter intensiviert werden. Davon können beide Länder profitieren.

Welche Eindrücke haben Sie persönlich aus Südafrika mitgenommen?

Die Tage in Südafrika haben mir vor allem wieder einmal ins Bewußtsein geführt, daß Afrika zwar unser Nachbarkontinent ist, geographisch also sehr nahe, aber politisch und wirtschaftlich oft noch viel zu weit weg. Daran müssen wir in Europa arbeiten. Wenn wir über globale Gerechtigkeit, Klimakrise, Migration oder wirtschaftliche Beziehungen reden, sollten wir Afrika miteinbeziehen. Mich hat Präsident Ramaphosa auch persönlich sehr beeindruckt. Er ist ein sehr erfahrener Staatenlenker in einem sehr schwierigen Umfeld: Südafrika steht ja vor enormen Herausforderungen. Ich wünsche ihm viel Erfolg bei seinen Bemühungen, sein Land in eine gute Zukunft zu führen.

Das Interview wurde per E-Mail geführt.

... spektrum ...

Dürre. Somalia, Namibia und Zimbabwe sind die weltweit am stärksten von Dürre bedrohten Länder. Das zeigt eine Untersuchung des *Joint Research Centre* der Europäischen Kommission. Die drei genannten Länder erreichen bei *INFORM Risk-Index* alle über 9 Punkte. Viele weitere afrikanische Länder, der Irak und Afghanistan liegen ebenfalls über dem Schwellenwert von 6,9 – dieser markiert auf der Skala den Beginn der sehr starken Bedrohung durch Dürre. Deutschland liegt mit einem Wert von 1,3 im Bereich der Länder mit einem geringen Dürre-Risiko.

Dürren sind relativ schwer zu fassende Naturkatastrophen. Sie setzen schleichend ein, können großräumig auftreten und über Jahre anhalten. Auf Grund des Klimawandels werden die Risiken für Dürren und sinkende Wasserreserven auch in Europa in Zukunft weiter zunehmen. Das liegt zum einen an den steigenden Temperaturen, durch die es schon bei gleichbleibenden Niederschlägen zu mehr Trockenheit kommt. Aktuelle Forschungsarbeiten betonen, daß in der derzeitigen Dürre – anders als in vergangenen Dürren – extreme Temperaturen eine entscheidende Rolle spielen. Zum anderen verschieben sich aber durch den Klimawandel auch die Niederschlagsmuster.

INFORM Risk ist ein länderübergreifender Index, der verschiedene Indikatoren zu einer Zahl (Indexwert) kombiniert, die zeigt, wie stark ein Land potentiell von Krisen betroffen sein kann. Die Plattform wird vom *Disaster Risk Management Knowledge Centre* des Europäischen Joint Research Centre betrieben. Sie dient als

zentrale Ressource zur quantitativen Analyse von Risiken im Zusammenhang mit humanitären Krisen und Katastrophen.

Namibia – Kärnten. Landeshauptmann Peter Kaiser empfing am 15. Juli 2025 den Botschafter von Namibia, Vasco Mushe Samupofu. Zentrale Themen waren die Nutzung von Wasserstoff, die Pharmazie und die universitäre Ausbildung. Kaiser nutzte den Besuch, um dem Botschafter das Bundesland Kärnten, seine Vielfalt, die aufstrebende Entwicklung und die vielen Möglichkeiten, die es bietet, näher zu bringen. Insbesondere ging der Landeshauptmann auf die wirtschaftliche Entwicklung Kärntens ein. *„Kärnten hat enorm von der Halbleiterindustrie und den grünen Technologien profitiert. Mittlerweile stammen rund 54 Prozent der Wertschöpfung aus dem Industriesektor. Eine weitere wichtige Säule ist der Tourismus“*, führte Kaiser aus. Er betonte, daß Kärnten somit eindrucksvoll beweise, daß Industrie und Tourismus einander nicht ausschließen, sondern ergänzen.

Der namibische Botschafter dankte für die Einladung und erinnerte daran, daß Österreich und Namibia eine lange Freundschaft verbindet. *„Wir haben ein Interesse an Wirtschaftskooperationen und einer Zusammenarbeit im universitären Bereich“*, erklärte Samupofu. Konkret nannte der Botschafter, der vom ehemaligen grünen Landesrat Rolf Holub begleitet wurde, die Bereiche erneuerbare Energien, Wasserstoffproduktion, Pharmaindustrie und im universitären Bereich den Austausch von Medizinstudentinnen und Medizinstudenten.

Vergangenheitsbewältigung. Wegen Mordes am Anti-Apartheid-Aktivistin Caiphus Nyoka verurteilte ein Gericht in Pretoria Anfang Juli den ehemaligen Sicherheitspolizisten Johan Marais zu fünfzehn Jahren Gefängnis. Marais hatte Nyoka, einen Angehörigen des *Congress of South African Students*, am 24. August 1987 während einer Hausdurchsuchung erschossen. Die Leiche des Ermordeten wies zwölf Einschüsse in Kopf, Brust und den Händen auf. Die

Holub, Kaiser, Samupofu (v. l. n. r.). Fotohinweis: Protokoll Land Kärnten/Kuess)



späten 1980er und frühen 1990er Jahre gelten als die blutigste Phase im südafrikanischen Freiheitskampf, der 1994 zu den ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes führte.

Wie Richter Mokhine Mosopa in seiner Urteilsbegründung ausführte, hatte sich Marais bereits 2019 zu seiner Tat bekannt und die Familie des Ermordeten brieflich um Vergebung gebeten. Mosopa begrüßte die Absicht des Verurteilten, im Gefängnis ein Buch über sein Leben zu schreiben. „Nutzen Sie die Zeit auch, um jenen Südafrikanern, die noch immer in der rassistischen Vergangenheit leben, beizubringen, die Demokratie anzunehmen und Seite an Seite mit ihren Landsleuten zu leben“, so der Richter. Marais solle auch auf drei weitere angeklagte Apartheid-Polizisten einwirken, um sie zu Geständnissen zu bewegen.

Erst vor wenigen Jahren hat Südafrika mit der Aufarbeitung jener Menschenrechtsverbrechen begonnen, deren Täter sich nicht der Wahrheits- und Versöhnungskommission der späten Neunzigerjahre stellten bzw. von dieser keine Amnestie erhielten. Diese lange Verzögerung wird von Menschenrechtsaktivisten heftig kritisiert. Viele Täter sind inzwischen verstorben oder unzurechnungsfähig, und die meisten noch Lebenden schweigen eisern. Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa hat Ende Mai eine gerichtliche Kommission eingesetzt, die der seit Jahren kursierenden Kritik nachgehen soll, Untersuchung und gerichtliche Verfolgung solcher Menschenrechtsverbrechen würden von Netzwerken aus der Apartheidzeit bewußt sabotiert. Die Kommission soll ihren Bericht spätestens Ende Jänner 2026 vorlegen.

Bischöfe beklagen Völkermord in Gaza. Wie die *Vatican News* berichten, stellen sich die Bischöfe des südlichen Afrika hinter die Klage der Regierung Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (INDABA 121/24). Nach Angaben der *Agentur Fides* erklärten sie, Israels Vorgehen in Gaza sei „inzwischen weltweit weithin als Völkermord und ethnische Säuberung anerkannt“. „Wir teilen diese Einschätzung und unterstützen daher die Beschwerde der südafrikanischen Regierung beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag“, so die Bischöfe der *South African Catholic Bishops' Conference* in einer Stellungnahme. Sie trägt die Unterschrift des Präsidenten des Gremiums, von Kardinal Stephen Brislin, dem Erzbischof von Kapstadt.

Die Erklärung der Bischöfe aus Südafrika, Botswana und Eswatini wurde nach dem israelischen Angriff auf den Komplex der Kirche der Heiligen Familie in Gaza veröffentlicht. Dabei starben drei Menschen. Südafrika hatte seine Klage gegen Israel wegen eines möglichen Verstoßes gegen die Völkermordkonvention bereits im Dezember 2023 vor dem Internationalen Gerichtshof eingereicht.

Die SACBC betonte, sie habe gehofft, die Klage könne „ein friedlicher Weg sein, um Druck auf die Konfliktparteien auszuüben, damit diese Spirale der Gewalt endet“. „Das ist nicht geschehen“, stellten die Bischöfe fest. Länder, die weiter Waffen lieferten und die „Kriegsrhetorik“ unterstützten, machten sich mitschuldig an einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

An die eigenen Gläubigen gerichtet, mahnten die südafrikanischen Bi-

schöfe zu mehr Engagement. „Wir wissen nur zu gut, daß unsere Gebete und unsere Solidarität von Taten begleitet werden müssen“, schreiben sie wörtlich. „Wir rufen zu gewaltfreien Aktionen, Boykotten in verschiedenen Gebieten, Protesten und der Verurteilung der Ausbreitung des Krieges im Nahen Osten auf.“

Zahlreiche Südafrikaner/innen – Menschenrechtsaktivisten, Rechtsanwälte, Ärzte, Krankenschwestern und Journalisten – haben sich mittlerweile der *Global Sumud Flotilla* angeschlossen, der größten zivilen Hilfsmission, die jemals nach Gaza unternommen wurde. Prominenter Sprecher der Gruppe ist Mandelas Enkel Mandla Mandela. Die Flotilla besteht aus 50 Schiffen, die Lebensmittel und Medikamente nach Gaza transportieren, begleitet von Menschen aus 44 Ländern. Unter den prominenten Begleiter/innen befindet sich auch die Klimaaktivistin Greta Thunberg.

Ausbildung von San-Paralegals in Namibia. San-Communities in Namibia profitieren von einem Programm zur Stärkung ihrer Rechtsposition, das vom *Legal Assistance Centre* (LAC) und der *Europäischen Union* (EU) ins Leben gerufen wurde. In diesem Rahmen fand Anfang Juli ein viertägiges Seminar in Tsumkwe statt. Teilnehmer/innen waren sog. *Paralegals* aus der Minderheit der San aus dem ganzen Land. Paralegals sind Ansprechpartner/innen der Bevölkerung für rechtliche Fragen und vermitteln je nach Problemfall Kontakte zu Behörden oder Rechtsanwälten; sie führen selber auch Schulungen z. B. über die namibische Verfassung oder Rechte von namibischen Staatsbürger/innen durch.

Das Seminar in Tsumkwe war als Fortbildung mit den Schwerpunkten „Zugang zur Justiz“ und „Menschenrechte“ konzipiert. Neben Corinna van Wyk, Koordinatorin für Land-, Umwelt- und Entwicklungsprojekte beim *Legal Assistance Center in Windhoek* (LAC) referierte Basilius Dyakugha vom Büro des Ombudsmanns.

„Diese Partnerschaft mit dem LAC und dem Ombudsmann unterstreicht unser gemeinsames Engagement dafür, daß die am stärksten marginalisierten Gemeinschaften Namibias, beispielsweise die San, mit dem Wissen, den Instrumenten und der institutionellen Unterstützung ausgestattet werden, die sie benötigen, um ihre Rechte einzufordern und zu verteidigen“, erklärte Ana-Beatriz Martins, Botschafterin der EU in Namibia.

Van Wyk sagte, das Seminar habe die wichtige Rolle der Paralegals der San bei der Überbrückung der Kluft zwischen Recht und Alltagsleben unterstrichen.

Paralegals seien vertrauenswürdige Verbindungsglieder innerhalb der Gemeinschaft.

Zu den Höhepunkten des Programms gehörten Peer-Learning-Sitzungen, geleitet von den Paralegals selbst, institutionelle Präsentationen der Ombudsstelle sowie Schulungen des LAC mit Schwerpunkt auf Land- und Umweltrecht. Die San-Paralegals nahmen auch an Live-Radioprogrammen beim Radiosender *!Ha* in Tsumkwe teil, um Informationen über das Projekt weiterzugeben und die lokalen Zuhörer über Rechte und Justizfragen zu informieren.

Diskussion über Todesstrafe in Botswana. Botswana ist derzeit das einzige Land im südlichen Afrika, das weiterhin Hinrichtungen vollstreckt. Auf dem gesamten Kontinent wächst die Bewegung zur Abschaffung der Todesstrafe.

Vierundzwanzig afrikanische Länder haben die Todesstrafe gesetzlich abgeschafft. Vierzehn weitere gelten als abolitionistisch in der Praxis; sie haben in den letzten zehn Jahren niemanden hingerichtet und verfolgen vermutlich eine Politik oder etablierte Praxis, keine Hinrichtungen durchzuführen.

Im Dezember 2024 unterzeichnete Zimbabwes Präsident Emmerson Mnangagwa nach jahrelanger öffentlicher Debatte das Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe für gewöhnliche Verbrechen. Mnangagwa selbst war während des Befreiungskampfes zum Tode verurteilt worden.

Andere Länder folgen diesem Beispiel. Kenya und Liberia haben Gesetzesentwürfe zur Abschaffung der Todesstrafe eingebracht, Gambia hat eine entsprechende Verfassungsreform eingeleitet.

Die Todesstrafe ist gemäß Abschnitt 203 des Strafgesetzbuchs von Botswana für Mord anwendbar, sofern keine mildernden Umstände nachgewiesen werden können. Weitere Kapitalverbrechen sind Hochverrat (Abschnitt 34), Anstiftung zur Invasion (Abschnitt 35) und Piraterie mit Lebensgefahr (Abschnitt 63.2). Die

Strafe wird durch Erhängen im Zentralgefängnis von Gaborone vollstreckt. Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1966 hat Botswana durchschnittlich



Überraschungssieger Duma Boko im Wahlkampf

lich eine Hinrichtung pro Jahr vollstreckt. Diese Praxis wird seit langem geheim gehalten. Die Familien werden oft erst nach der Hinrichtung benachrichtigt, und Hinrichtungen werden im Voraus kaum oder gar nicht öffentlich bekannt gegeben. Die Behörden führen keine aktuelle Liste der zum Tode verurteilten Personen, was die Kontrolle zusätzlich erschwert.

Botswanas Präsident Duma Boko hat als Menschenrechtsanwalt einen Großteil seiner Karriere damit verbracht, die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe anzufechten. Anfang der 2000er Jahre reichte er eine Verfassungsklage gegen deren Rechtmäßigkeit ein und verteidigte mehrere Mandanten, denen die Hinrichtung drohte. Als Präsident von Botswana hat er nun die Möglichkeit, den Prozeß der Abschaffung voranzutreiben und die Todesstrafe in die Geschichtsbücher zu verbannen.

Fortsetzung auf Seite 16

Die Zeit wird knapp

Rückkehr für Migrant/inn/en nach Zimbabwe?

Am 28. November 2025 müßten über 90.000 zimbabwische Migrant/inn/en und ihre Familien in ihre Heimat zurückkehren, sollte das südafrikanische Innenministerium (Department of Home Affairs) ihre Sonderaufenthaltsgenehmigung für Südafrika, das sogenannte Zimbabwe Exemption Permit (ZEP), aufheben. Von Nyamadzawo Sibanda.

diese Sondergenehmigung wurde 2009 gemäß Abschnitt 31 des *Immigration Act (32 of 2002)* eingeführt und regulierte etwa 300.000 Menschen in irregulären Situationen, indem sie ihnen die Erlaubnis erteilte, zunächst für fünf Jahre in Südafrika zu arbeiten, zu studieren und Geschäfte zu tätigen (INDABA 67/10). Über ein Jahrzehnt lang konnten somit viele Zimbabwer/innen durch ihre Arbeit in Südafrika sich selbst und ihre Familien in der Heimat unterstützen.

Laut einem aktuellen Bericht der *Reserve Bank of Zimbabwe (RBZ)* und der *Internationalen Organisation für Migration (IOM)* sind die Überweisungen aus Südafrika nach Zimbabwe in den letzten zehn Jahren gestiegen und machen fast 50 % aller Überweisungen aus, was einer konservativen Schätzung von 1 Milliarde US-Dollar pro Jahr entspricht.

Auch die makroökonomische Bedeutung von Finanzüberweisungen für Zimbabwe ist klar – sie machen 16 % aller ausländischen Geldzuflüsse aus, das sind zwischen 10 und 13 % des BIP. Angesichts der geringen Zahl formeller Arbeitsplätze sind die meisten Haushalte für ihren Konsum, Investitionen in Humanka-

pital (Schulgebühren, Kleinunternehmertum, Gesundheit und Lebensversicherungen) und sogar Immobilieninvestitionen auf Überweisungen aus dem Ausland angewiesen.

Zwar gibt es keine verlässlichen Statistiken, doch verfügbare Quellen schätzen, daß zwischen 50 und 75 % der Haushalte in Zimbabwe auf irgendeine Form von Überweisungen oder überweisungsbezogenen Einkünften angewiesen sind. Nach allen Maßstäben ist Zimbabwe derzeit ein von Überweisungen abhängiges Land. Daher tragen verlässliche und regelmäßige Beschäftigungsverhältnisse wesentlich zur Erhaltung der Wirtschaft und zum Lebensunterhalt der Mehrheit der Menschen sowohl in Zimbabwe als auch im Ausland bei.

Nach zwei aufeinanderfolgenden Verlängerungen (2014, 2017) beendete das südafrikanische Innenministerium dieses Projekt jedoch am 19. November 2021 und forderte über 180.000 Zimbabwer/innen auf, bis zum 31. Dezember 2021 in reguläre Einwanderungsprogramme zu wech-

seln oder das Land zu verlassen. Als Reaktion auf die Bedenken von Migrantengruppen und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der *Helen Suzman Foundation* verlängerte das Innenministerium die Gültigkeit der Sondergenehmigungen

zwei Mal, nämlich bis 2023 und bis 2024 (www.youtube.com/watch?v=1LHAq4icX8Q).

Bis Juli 2025 hatte nur etwa die Hälfte der betroffenen Migranten mit dem Übergang zu anderen befristeten Aufenthaltsgenehmigungen (*Temporary Residence Permits*) begonnen. Leider besteht für viele weiterhin die Gefahr, daß sie gezwungen werden, nach Zimbabwe zurückzukehren, wo sie möglicherweise mit anhaltenden sozioökonomischen Herausforderungen konfrontiert sind, oder daß sie irregulär in Südafrika bleiben müssen.

Diejenigen, die zurückkehren, können Unterstützung in den *Migrant Resource Centres* finden, die in Bulawayo und Harare in Zusammenarbeit zwischen der Regierung Zimbabwes und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) eingerichtet wur-

Abhängig vom Geld der Migrant/inn/en

den. Viele Menschen zögern jedoch, einen Ort zu verlassen, den sie seit über einem Jahrzehnt als ihre Heimat betrachten.

Leider könnten Entscheidungen, sich illegal weiterhin im Land aufzuhalten, die ohnehin schon angespannte Lage zwischen Einwanderern und einheimischen Südafrikanern weiter verschärfen. Denn in den letzten beiden Jahrzehnten hat sich die Einwanderungssituation in Südafrika erheblich verändert. Dies auch durch die Reform der wichtigsten Einwanderungsgesetze des Landes, des *Immigration Act* und des *Refugee Act*.

Diese Änderungen sollten in erster Linie eine Wählerschaft beschwichtigen, die seit langem argumentierte, daß die Einwanderungssteuerung schwach und problematisch sei. Diese Akteure, zu denen mittlerweile auch politische und zivilgesellschaftliche Organisationen gehören, führen unter anderem durchlässige Grenzen, eine unzuverlässige und korrupte Grenzschutzbehörde sowie die zunehmende irreguläre Einwanderung und Ansiedlung in den großen Städten des Landes als Gründe für ihre Besorgnis an.

In den letzten drei Jahrzehnten hat die ANC-Regierung jedoch die Position Südafrikas als führendes Zielland im südlichen Afrika und auf dem gesamten Kontinent gefestigt, sehr zum Ärger der lokalen Einwanderungskritiker. Derzeit leben in Südafrika etwa 2,9 Millionen reguläre Einwanderer und rund 250.000 Vertriebene, vor allem aus der SADC-Region. Der deutliche Anstieg der Einwanderer aus Zimbabwe hat diese Zahlen ebenfalls beeinflusst: Ihr Anteil an der Migran-

tenbevölkerung stieg von nur 16 % im Jahr 2001 auf heute fast 50 % aller Migrant/inn/en in Südafrika.

Einwanderer aus Zimbabwe spielen in verschiedenen Bereichen der südafrikanischen Gesellschaft eine wichtige Rolle. Sie machen einen erheblichen Teil der ausländischen Studierenden an Universitäten aus, nämlich etwa 30 % oder 20.000 Studierende pro Jahr. Darüber hinaus sind sie im Dienstleistungssektor großer Städte wie Kapstadt, Johannesburg und Pretoria stark vertreten. In den letzten zehn Jahren (2014–2024) stellten Zimbabwe auch einen bemerkenswerten Anteil der Vertriebenen in Südafrika, nämlich etwa 7 % der jährlich 80.000 Asylbewerber und etwa 4.000 Flüchtlinge.

Diese zunehmende Präsenz zimbabweischer Einwanderer hat zu einer stärkeren Interaktion mit den einheimischen Südafrikanern geführt, nicht immer mit positiven Ergebnissen. Vorurteile und Anschuldigungen gegenüber Zimbabwe, darunter Behauptungen über Unregelmäßigkeiten und kriminelles Verhalten, wurden laut. Die Kriminalitätsstatistiken der *South African Police Service* (SAPS) zeigen in der Tat, daß Zimbabwe von 2013 bis 2023 die Liste der Straftäter ohne südafrikanische Staatsbürgerschaft anführten, was diesen Anschuldigungen möglicherweise eine gewisse Glaubwürdigkeit verleiht.

Aus diesen und anderen Gründen sind zimbabweische Einwanderer zur Zielscheibe der Anti-Einwanderungscoalition in Südafrika geworden, die

seit 2016 deutlich an Größe und Stärke zugenommen hat (INDABA 93/17). Zu den aktuellen Gruppierungen dabei gehören politische und zivilgesellschaftliche Organisationen wie *Patriotic Alliance*, *ActionSA*, *Operation Dudula* und *March-and-March*. Neben der politischen Verankerung einwanderungsfeindlicher Stimmungen kam es in jüngster Zeit zu gewalttätigem Aktivismus und Selbstjustiz, um Migranten den Zugang zu öffentlichen Sozialleistungen zu verwehren (www.youtube.com/watch?v=il-3EvTRZ6I).

Die südafrikanische Regierung reagierte schon immer verhalten auf gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Einwanderern und lokalen Gruppen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die aktuelle politische Lage des ANC nach seinem desaströsen Wahlergebnis 2024 die Situation verschärfen wird.

Dies macht es noch unwahrscheinlicher, daß die derzeitige Regierung der Nationalen Einheit (GNU) entschlossen zugunsten der Einwanderer eingreift (www.youtube.com/watch?v=OZSTTefXh2M). Da das Ablaufdatum des ZEP näher rückt, ist es also sehr wahrscheinlich, daß dies schlechte Nachrichten für die fast 90.000 betroffenen Zimbabwe/innen und ihre Familien in der Heimat bedeutet.

Nyamadzawo Sibanda ist PreDoc Research am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien.

Xenophobie in Südafrika nimmt zu

G20: Südafrika will globalen Reichtumsbericht

Nobelpreisträger Stiglitz beauftragt

Südafrika hat 2025 den Vorsitz in der Staatengruppe G20 inne. Ursprünglich während der asiatischen Finanzkrise 1999 ins Leben gerufen, umfassen die G20 heute 19 Entwicklungs- und Industrieländer sowie zwei regionale Organisationen, die Europäische und die Afrikanische Union. So wie UN-Generalsekretär Antonio Guterres fordern viele Mitglieder einen „Paradigmenwechsel“ der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, um einen Erfolg der nachhaltigen Entwicklungsziele zu sichern. Aber das ist kontrovers (Red.).

In den letzten vier Jahren wurde die G20-Präsidentschaft von Ländern des Globalen Südens wahrgenommen – 2022 von Indonesien, 2023 von Indien, 2024 von Brasilien und heuer von Südafrika. Sie alle verfolgten das Ziel einer Reform der globalen Finanzinstitutionen und der Handelsabkommen. US-Außenminister Marco Rubio, dessen Land die G20-Präsidentschaft 2026 übernehmen wird, sieht das jedoch anders. Erst im Februar boykottierte er ein

Treffen der Außenminister, weil Südafrika seine Präsidentschaft angeblich nutze, um eine den Interessen Washingtons entgegengesetzte Agenda zu fördern, nämlich das Thema „Solidarität, Gleichheit und Nachhaltigkeit“ – für Rubio gleichbedeutend mit linker Gesellschaftspolitik.



Südafrikas Planungsministerin Maropene Ramokgopa leitet derzeit die Development Working Group der G20

Viel Arbeit also für Cyril Ramaphosa, den amtierenden G20-Vorsitzenden, aber auch für seinen persönlichen Emissär (Sherpa), den Generaldirektor des südafrikanischen Außenministeriums Zane Dangor, und dessen zwei Vertreter, den früheren Botschafter in Österreich Xolisa Mab-

hongo und Rechtsanwalt Nokukhanya Jele.

Auch mit dieser Ankündigung wird sich Ramaphosa Donald Trump, der im kommenden Jahr den G20-Vorsitz übernehmen wird, wohl nicht zum Freund machen: Ende August gab er die Gründung eines Expertenkomitees bekannt, das für den G20-Gipfel in Johannesburg im November einen Bericht über globale Reichtumsungleichheit erarbeiten soll. Geleitet wird die Gruppe vom US-amerikanischen Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. Die weiteren Mitglieder sind Adriana E. Abdenur (Brasilien), Winnie Byanyima (Uganda), Jayati Ghosh (Indien), Imraan Valodia (Südafrika) und Wanga Zembe-Mkabile (Südafrika).

Oligarchie der Reichen statt Demokratie?

Ramaphosas Sprecher Vincent Magwenya erklärte, der Sonderauschuss sei angesichts makroökonomischer Befürchtungen ins Leben gerufen worden, die ohnehin schon sehr hohe globale Vermögens- und Einkommensungleichheit würde sich noch weiter verschärfen. „Jüngste

Analysen zeigen, daß die reichsten 1 % der Weltbevölkerung ihr Vermögen seit 2015 real um mehr als 33,9 Billionen [auf Englisch: „trillions“] US-Dollar gesteigert haben – mehr als genug, um die weltweite Armut 22 Mal zu beseitigen. Eine Ungleichheit dieses Ausmaßes stellt ein ernsthaftes systemisches Risiko für den globalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fortschritt dar“, sagte Magwenya. Ramaphosa erinnerte an die brutale Ungerechtigkeit der Impfstoff-Apartheid, durch die während der Covid19-Pandemie Millionen Menschen im globalen Süden lebensretende Impfstoffe verweigert wurden.

Auch steigende Lebensmittel- und Energiepreise, Schulden und Handelskriege würden zu einer wachsenden Kluft zwischen den Reichen und dem Rest der Welt führen und den Fortschritt und die wirtschaftliche Dynamik untergraben. „Eine neue Oligarchie in unserer globalen Wirt-

schaft zeichnet sich ab“, so Ramaphosa. Im Gleichklang damit sagte Stiglitz, die Ungleichheit habe sich bis zu einem Extrem ausgeweitet, das die Demokratie selbst bedrohe und Anlaß zur Sorge geben sollte. „Der starke Anstieg der Unzufriedenheit mit der schlecht gesteuerten Globalisierung, die vielerorts zu dieser Zunahme der Ungleichheit beigetragen hat, ist ebenfalls offensichtlich. Ungleichheit war immer eine politische Entscheidung – und die G20-Staaten haben die Macht, einen anderen Weg einzuschlagen“, so Stiglitz, der Ramaphosa dafür dankte, daß er das Thema Ungleichheit in den Mittelpunkt der G20-Agenda stellte.

Südafrika ist allerdings selbst eines der ungleichsten Länder der Welt, und eine Veränderung ist nicht abzusehen. Dasselbe gilt auch für seinen Nachbarn Namibia. Dort wurde im August der Bericht einer Investmentfirma bekannt, dem zufolge sich die Anzahl der Dollar-Millionäre im Land seit 2013 um ein Drittel erhöht hat, allein von 2024 auf 2025 um zweihundert Personen (Mindestvermögen eine Million US-Dollar). Insgesamt wird die Anzahl der namibischen Dollar-Millionäre mit 2.500 angegeben.

G20: Für ein neues Handelssystem

Soziale Ungleichheit ist nicht das einzige Thema, mit dem die G20 globalpolitische Akzente setzen wollen. Der Bericht einer Untergruppe, der im Juni dem dritten Sherpa-Treffen in Sun City (North West Province) vorgelegt wurde, fordert eine Überarbeitung der Finanzierungsmodelle des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sowie mehr Transparenz bei den Ratingagenturen. Weiters soll die Verwendung lokaler Währungen im internationalen Handels- und Finanzwesen untersucht werden. Bei Interventionen des IWF in verschuldeten Ländern sollen die Kosten des Klimawandels und des Zusammenbruchs der biologischen Vielfalt berücksichtigt und Investitionen zur Minderung dieser Schwachstellen berücksichtigt werden. Ohne auf Trumps umstrittene Zollpolitik einzugehen, tritt das Kommuniqué außerdem für die Bewahrung des Multilateralismus und eine Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) ein. Weiters soll die G20 Maßnahmen zur Eindämmung der Einkommens- und Vermögenskonzentration koordinieren, insbesondere durch die Einführung einer globalen Vermögenssteuer und deren Verankerung im Steuerabkommen der Vereinten Nationen.

Fortsetzung von Seite 12

Seit seinem Amtsantritt Ende 2024 hat Boko die Aussetzung der Hinrichtungen fortgesetzt und kein einziges Todesurteil genehmigt. Im Mai dieses Jahres befanden sich Berichten zufolge noch 15 Männer in der Todeszelle. Diese Zurückhaltung

ist zwar bedeutend, reicht aber nicht aus. Ohne ein offizielles Moratorium oder eine Gesetzesreform bleibt die Maschinerie der Hinrichtungen intakt.

Dennoch gibt es Anzeichen für eine Veränderung des rechtlichen Rahmens. Der Justizminister kündigte kürzlich Pläne an, das veraltete Strafvollzugsgesetz aufzuheben und durch

ein neues Gesetz zu ersetzen, das Rehabilitation und Menschenwürde in seine Bestimmungen aufnehmen soll. Dieser Reformprozeß bietet eine strategische Gelegenheit, umfassendere Menschenrechtsreformen, einschließlich der Abschaffung der Todesstrafe, zu integrieren.

Sanfte Rache

Eine künstlerische Hommage an den Freiheitskampf

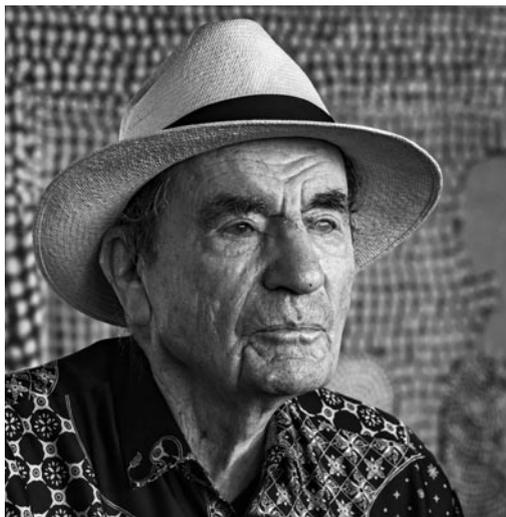
Bis zum 23. August 2026 präsentiert das Museum of Contemporary Art (Zeitz Mocaa) in Kapstadt eine Ausstellung zum 90. Geburtstag von Albie Sachs. „Spring Is Rebellious“ thematisiert sein politisches Leben und erzählt die miteinander verflochtene künstlerische und politische Geschichte zweier Nationen: Moçambique und Südafrika. Von Kristin Engel.

Mit 90 Jahren ist Albie Sachs nach wie vor eine herausragende Persönlichkeit auf Südafrikas Weg von der Apartheid zur Demokratie – ein gefeierter Rechtsanwalt, Freiheitskämpfer, Schriftsteller und pensioniertes Mitglied im ersten südafrikanischen Verfassungsgericht.

Sein Leben, ein Gewebe aus Kampf und Veränderung, wird in der Ausstellung „Spring Is Rebellious: The Art & Life of Albie Sachs“ im Zeitz Museum of Contemporary Art Africa in Kapstadt gewürdigt. Obwohl er sich selber gar nicht als Künstler versteht: „*Ich bin eigentlich nicht sehr talentiert. Ich kann nicht malen, ich kann nicht zeichnen, ich kann nicht bildhauern, ich kann keine Musik spielen. Ich singe ein bißchen und ich schreibe. Das Singen hat mir sehr geholfen, als ich im Gefängnis war, einfach meine eigene Stimme zu hören und manchmal mit Worten zu spielen*“, sagt er.

die von Phokeng Setai kuratierte Ausstellung befaßt sich mit der Verflechtung der künstlerischen und politischen Geschichte Moçambiques und Südafrikas und nutzt Sachs' Erfahrungen in diesen Ländern als Ausgangspunkt, um dem kollektiven Gedächtnis und dem Streben nach Freiheit durch Kreativität, Freude und Schönheit nachzugehen. Die Schau stützt sich auf drei Hauptsammlungen: das UWC-Robben Island Mayibuye Archiv (mit Werken, die Albie Sachs in Moçambique gesammelt hat), die Kunstsammlung des Verfassungsgerichts und Sachs' persönliche Sammlung.

Ein zentrales Konzept in Sachs' Philosophie ist ein wichtiges Thema der Ausstellung, das der „sanften Rache“. Sachs beschreibt es in seinem Buch „*The Soft Vengeance of a Freedom Fighter*“ als Ablehnung von Vergeltung zugunsten von Gerechtigkeit, Heilung und der transformativen Kraft der Kunst.



„Für diejenigen von uns, die die Freiheitskämpfe im südlichen Afrika miterlebt haben, war Kunst niemals ein Luxus, sondern Teil unseres Überlebens. Ein Wandgemälde, ein Gedicht, ein Lied, eine Skulptur, ein Tanz – sie alle trugen unseren Wider-

stand, unsere Erinnerung, unsere Träume in sich“, sagt er. Die Schau macht deutlich, daß Sachs' Rache sich nicht in Bitterkeit oder Wut manifestiert hat, sondern darin, daß er weiterhin die Schönheit und Freude des Lebens erlebt.

albie Sachs wurde, wie er selbst sagte, „in den Kampf hineingeboren“. Er wurde nach dem Gewerkschafter und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Südafrikas, Albert Nzula, benannt und wuchs inmitten des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung auf, nahm an Kampagnen teil und verteidigte als Anwalt Menschen, die aufgrund rassistischer Gesetze angeklagt waren.



Sein Engagement führte zu langen Phasen der Einzelhaft, einer brutalen Erfahrung, die seine Widerstandsfähigkeit stärkte. Er beschrieb die Isolation als „einfach allein zu sein, auf seine Zehen zu starren, auf die Wand, ohne andere Menschen um sich herum“. Um damit fertig zu werden, hielt er seinen Geist aktiv.

„Das Singen half mir, durchzuhalten. Und die Idee, ein Buch über meine Erfahrungen im Gefängnis zu schreiben, gab mir Mut. Wenn mir etwas Schreckliches widerfuhr, sagte ich mir: ‚Großartig, das schreibe ich in mein Buch ... Sie haben die Kontrolle über meinen Körper, aber ich habe die Kontrolle über die Erzählung der Geschichte.‘“ Diese Erzählung zieht sich durch die gesamte Ausstellung. In ihrem ersten Raum sind Kunstwerke und Geschichten aus Moçambique zu sehen, Kunstwerke, die Sachs zwischen 1977 und 1988 in Moçambique gesammelt hat und die – so Kurator Setai – Aufschluß über die Gedanken und Sorgen moçambikanischer Künstler nach der Unabhängigkeit geben.

Eines der Kunstwerke ist „Requiem in Wood“, eine Skulptur von Augusto Carlos Ferreira (auch bekannt als Govane), einem prominenten Bildhauer, dessen Werke Themen wie Leid und Krieg widerspiegeln. Er steuerte die Skulptur zu einem Kurzfilm mit Sachs und dem Filmemacher Sol de Carvalho bei, der ebenfalls im ersten Raum der Ausstellung zu sehen ist.

Bei einer Medienbesichtigung vor der Eröffnung der Ausstellung reflektierte Sachs über die elf Jahre, die er im Exil in Moçambique verbracht hatte. „Als ich dort ankam, war ich niedergeschlagen. Ich war zweimal in Südafrika in Einzelhaft gewesen“, so Sachs. „Aber in Moçambique habe ich meinen Mut wiedergefunden. Und das hatte viel mit der

Energie und dem Geist des Internationalismus und der Zusammenarbeit zu tun... Wir waren Menschen aus aller Welt, viele von uns hatten unter Diktaturen gelebt“, sagte Sachs. Zunächst war er als Rechtswissenschaftler und Professor an der Eduardo-Mondlane-Universität in Maputo tätig und wurde später Forschungsdirektor im moçambikanischen Justizministerium.

Sein Konzept der „sanften Rache“ nahm Gestalt an, als er 1988 in Maputo einen gezielten Autobombenanschlag der südafrikanischen Sicherheitspolizei überlebte, bei dem er seinen rechten Arm und sein linkes Auge verlor.

Dieses traumatische Ereignis wird in einem Teil der Ausstellung dargestellt – in einem kleinen, abgeschirmten Raum hinter einem weiß-blauen Schleier mit zwei Kunstwerken. Und einer Filmaufnahme von Sachs, der von dem Attentat erzählt, das ihm fast das Leben gekostet hätte. Während seiner Genesung erhielt Sachs einen Brief, der seine Weltanschauung prägen sollte. „Keine Sorge, Genosse Albie, wir werden dich rächen“, unterzeichnet vom Genossen Bobby Naidoo, der zehn Jahre auf Robben Island verbracht hatte“, erinnert sich Sachs. Seine Antwort auf dieses Versprechen der Rache? „Freiheit zu erlangen, Demokratie zu erlangen, das wäre meine sanfte Rache.“ Die Ablehnung gewaltsamer Vergeltung war eine zutiefst prinzipielle Haltung.

Sachs verwies auf einen Fall, in dem einer der Attentäter in Moçambique festgenommen wurde. Sein Wunsch war nicht Rache, sondern ein ordentliches



Gerichtsverfahren. *„Wenn er vor Gericht gestellt wird und die Beweise nicht ausreichen, um ihn zweifelsfrei zu verurteilen, und er freigesprochen wird, dann ist das meine sanfte Rache, denn dann leben wir in einem Rechtsstaat“*, sagte er.

Diese Ansicht, so erklärte er, rühre daher, daß *„ich im Herzen ein Pazifist bin, der in einen revolutionären Kampf verwickelt wurde“*, beeinflusst von Führern wie Oliver Tambo, der trotz des bewaffneten Kampfes *„die Vorstellung hatte, daß die Apartheid unsere jungen Menschen, die Ärzte, Krankenschwestern, Bauern und Lehrer werden wollten, zu Mördern gemacht hat.“*



Nach seiner Rückkehr nach Südafrika im Jahr 1990 spielte Sachs eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung der Verfassung nach dem Ende der Apartheid und wurde 1994 von Nelson Mandela zum Richter am Verfassungsgericht ernannt. Für Sachs war diese Arbeit der ultimative Akt der sanften Rache.

„Wow, dafür haben wir gekämpft. Sanfte Rache. In das Verfassungsgericht berufen zu werden, um die Werte zu verteidigen, für die man gekämpft hat“, sagt er. Die Gründung des Verfassungsgerichts, das ein neues Wertesystem auf der Grundlage von Inklusion und Vielfalt schützen und ein „Südafrika für alle“ verkörpern sollte, wurde laut Sachs zu einem lebendigen Beweis für diese Philosophie.

Eines der vielleicht überzeugendsten Beispiele für sanfte Rache ist das Gebäude des Verfassungsgerichts selbst (INDABA 42/04). Das Gebäude wurde an der Stelle des Old Fort-Gefängnisses errichtet und verwandelte ein Symbol der Unterdrückung in ein Leuchtfeuer der Gerechtigkeit. Er beschrieb dies als einen bewußten Akt von tiefer Symbolik: *„Ein wunderschönes Gebäude an der Stelle eines alten Gefängnisses zu errichten. Das ist sanfte Rache. Und dann füllt man es mit wunderbarer Kunst. Das ist sanfte Rache. Das ist Menschlichkeit, die durchscheint und durchkommt und die Menschen inspiriert und ermutigt.“*

Sachs und Richterin Yvonne Mokgoro initiierten die Kunstsammlung des Verfassungsgerichts mit einem bescheidenen Budget. Sachs sagte, daß es kein Luxus sei, das Gericht mit Kunst zu füllen, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Gerechtigkeit. Dies wird gegen Ende der Ausstellung mit Kunstwerken aus dieser Sammlung thematisiert, einem Versuch, Konstitutionalismus zu kuratieren, bei dem die Frage gestellt wird: *„Was wäre, wenn Gerechtigkeit nicht nur fair,*

sondern auch schön wäre?“

Vor allem die Armen und Schwachen seien es, die einen Zugang zu Schönheit und Fantasie verdienten. Kunst könne Richter daran erinnern, daß sie in einem Land arbeiten, in dem *„Menschen mit Schmerzen, Geduld, Hoffnungen, Verletzungen, Fantasie, Lachen – mit der ganzen Bandbreite an Emotionen, die das Recht bereichern“* leben.

Selbst mit 90 Jahren bewahrt Sachs einen unerschütterlichen Optimismus in Bezug auf Südafrika, obwohl er die anhaltenden Herausforderungen im Land wie Arbeitslosigkeit, Rassismus und Korruption anerkennt. Er sagte, Südafrika sei eine offene Gesellschaft mit hart erkämpften Rechten, einer Verfassung und Institutionen, die die Meinungsfreiheit schützen.

Er sieht die Ausstellung als Fortsetzung dieses Erbes und zeigt, wie Kunst und Kultur untrennbar mit Recht und Gerechtigkeit, Politik und Nationsbildung verbunden sind. Die Ausstellung sei eine eindringliche Erinnerung daran, so Sachs, daß *„der Kampf noch nicht vorbei ist – und die Träume auch nicht“*.

Kurator Setai: *„Wir hoffen, daß Sie mit einem tieferen Verständnis davon nach Hause gehen, daß Kunst und intellektueller Ausdruck nicht nebensächlich, sondern von zentraler Bedeutung für den Aufbau freier und gerechter Gesellschaften sind.“*

Das Original des Beitrags erschien in der südafrikanischen Internetzeitung Daily Maverick und wurde redaktionell bearbeitet (<https://www.dailymaverick.co.za/article/2025-07-28-the-soft-vengeance-of-albie-sachs-takes-centre-stage-in-exhibition-at-zeitz-mocaa/>). Fotos: Mocaa.



Sampa the Great

Zamrock

Geschichte und Bedeutung

Mimi Amaichigh über die erfreuliche Renaissance einer Musikrichtung aus Zambia.

Zamrock entstand in den 1970er Jahren. Dies war eine Zeit des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs in Zambia. Nach der Unabhängigkeit 1964 wurde das Land stark vom Freiheitskämpfer und ersten post-kolonialen Präsidenten, Kenneth Kaunda, geprägt. Dieser verfolgte eine sozialistische Politik, verstaatlichte die Kupferindustrie und förderte eine nationale Identität, auch durch die Musik. Gleichzeitig war Zambia von regionalen Konflikten in seinen Nachbarländern umgeben, was zu Sicherheitsmaßnahmen wie Ausgangssperren und Stromausfällen im Land führte, die das kulturelle Leben beeinträchtigten und letztendlich auch einen großen Einfluß auf das Ende seiner Amtszeit hatten.

der Begriff „Zamrock“ wurde von DJ Manasseh Phiri geprägt, etwa zur Zeit von Musi-O-Tunyas Album *Wings of Africa* (1975). Der Musikstil entwickelte sich zwischen 1972 und 1978 und verband westliche Rock- und Funk-Einflüsse (z. B. Jimi Hendrix, Led Zeppelin, James Brown) mit traditionellen zambischen Rhythmen und Sprachen. Die Hippie-Kultur und Kaundas politische Entscheidung, ab 1975 90 % zambische Musik im Radio zu spielen, förderten die Bewegung. Besonders die Copperbelt-Region war ein Zentrum, wo Bands für

Minenarbeiter und später in Hotels und Clubs auftraten.

Die Bewegung wurde durch wirtschaftliche Probleme (fallende Kupferpreise), Sicherheitsmaßnahmen (Ausgangssperren, Stromausfälle) und die wachsende HIV/AIDS-Krise in den 1980er Jahren ausgebremst. Viele Musiker starben oder mußten ihre Karrieren aufgeben. Zudem fehlten Studios und Labels, wodurch nur wenige Aufnahmen überlebten.

aber in den letzten Jahren hat Zamrock eine Renaissance erlebt, u. a. durch eine weltweite Wiederentdeckung. Labels wie *Now Again Records* haben Alben neu aufgelegt, und Dokumentationen wie *We Intend to Cause Havoc* (2019) haben die Geschichte von WITCH und Zamrock an eine breitere Masse gebracht. Der Advent von Streaming und Digitalisierung durch Plattformen wie Spotify und YouTube machen Zamrock einem globalen Publikum zugänglich. Überlebende Musiker wie Emmanuel „Jagari“ Chanda (WITCH) touren international, um diese Musik auch einem breiteren Publikum näherzubringen. Zamrock hat in letzter Zeit stark Einzug in die moderne Musik gehalten – insbesondere durch seine Integration in den Hip-Hop moderner Künstler wie Sampa the Great, die Elemente von Zamrock in Songs wie

Never Forget verarbeitet. Auch Künstler wie Tyler, the Creator und Travis Scott haben Zamrock gesampelt, was die wachsende globale Relevanz dieses Genres unterstreicht.

Zamrock ist ein kulturelles Erbe Zambias, das die kreative Energie und den Widerstand des Landes in einer entscheidenden Phase widerspiegelt. Trotz seines Niedergangs hat die Bewegung durch internationale Wiederentdeckung und moderne Adaptionen eine neue Bedeutung erlangt und inspiriert heute Musiker weltweit.

Wichtige Akteure – eine Auswahl zum Kennenlernen und Hineinhören:

- *WITCH* (We Intend To Cause Havoc): eine der prägendsten Bands, bekannt für ihren Garagerock- und Psychedelic-Sound
- *Ngozi Family* (Paul Ngozi): Pionier der Verbindung von Rock und traditionellen Klängen wie Kalindula
- *Musi-O-Tunya* (Rikki Ililonga): Starker Einfluß von Afrobeats und Deep Purple
- *Amanaz*: Berühmt für das Album *Africa*, ein Klassiker des Zamrock
- *Salty Dog* und *Blackfoot*

Mimi Amaichigh ist Science Officer am Institute of Meteorology and Climatology der Universität für Bodenkultur in Wien.

... bücher ...

Bernard C. Moore – Luregn Lenggenhager, **Space is the Ultimate Luxury. Capitalists, Conservationists and Ancestral Land in Namibia** (African Social Studies Series 49, Leiden – Boston, Brill, 2025). 373 S.

„On 29 December 2001, Sean Gilbertson and Finn Behnken departed Upington in two Cessna 172 Skyhawk aeroplanes, aiming for Keetmanshoop, Namibia. The planes were registered with flight schools in South Africa and both men were keen amateur pilots. Gilbertson and Behnken were both twenty-nine years old and fast-rising within the field of mining finance, though both had actually studied mining engineering at the University of the Witwatersrand in the early 1990s. Their planes were loaded with cameras, supplies, friends, girlfriends, beer and brandy, and they carried the gate key to Gilbertson's recently acquired property – Norechab Farm in the far south of Namibia's Karasburg District.“ (S. 25).

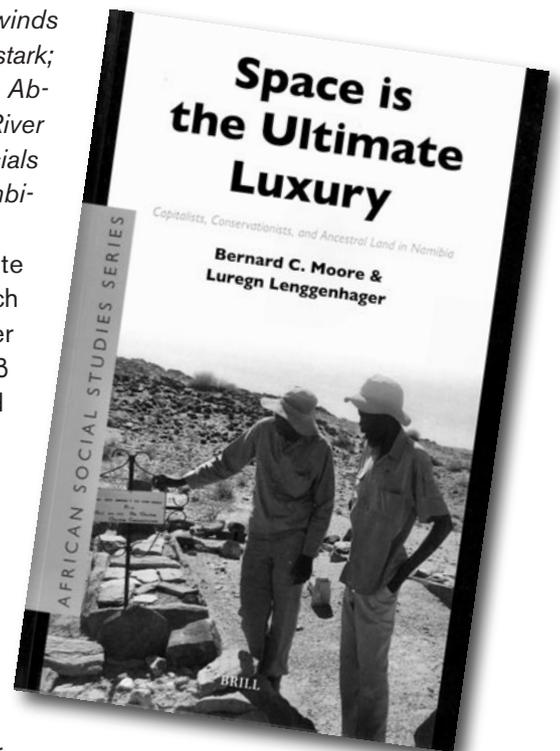
Sich in völliger Abgeschiedenheit im unwirtlichen Süden Namibias ein Refugium zu schaffen, war seit geraumer Zeit der Traum der Jungmillionäre gewesen. Gilbertson ist der Sohn eines südafrikanischen Bergbaumagnaten, der sein Geld während der Apartheid machte (u. a. als Vorsitzender von *Gencor*, einem der größten Minenkonzerne des Landes), Behnken stammt gleichfalls aus der wirtschaftlichen Elite Südafrikas. Gemeinsam mit einem namibischen Geschäftsmann – ausländische Landkäufer benötigen einen inländischen Partner – und über ein kaum durchschaubares Firmen-

geflecht begannen sie damit, weitere Farmen in der Nähe des Oranjeflusses zu kaufen, insgesamt 1.500 Quadratkilometer, etwa ein Drittel der Fläche Vorarlbergs. Bemerkenswert, daß anfangs nicht an eine wirtschaftliche Nutzung des riesigen Areals gedacht war. „*Space is the ultimate luxury*“, zitieren die Autoren des Buches aus einer früheren Website von Norechab. „*No human beings in a 50 km radius. No electricity. No telephones. No clouds. Warm winds in your ears [...] It's dry; it's stark; it's beautiful [...]. Silence: Absolute. Stars: Trillions. Dry River Beds: Two. Windhoek Specials (beers). An unbeatable combination.*“ (S. 34).

Ein „Störfaktor“ machte sich im Laufe der Jahre freilich bemerkbar. Im September 2009 entdeckte man, daß Menschen samt Ziegen und Schafen einen entlegenen Winkel des Landkonglomerats durchquerten. Sie siedelten auf dem staatseigenen Land entlang des Flußufers und trieben ihre Tiere zu den Wasserstellen im Inland. Als die Androhung von Gewalt sie nicht abschreckte, wurde der bislang öffentlich zugängliche Weg abgesperrt. So nahm ein Konflikt seinen Anfang, dem für die namibische Landpolitik (und vermutlich darüber hinaus) exemplarische Bedeutung zugemessen wird: Willem Basson gegen *Marwilben Farming CC* und *Sandfontein Lodge*.

In diesem faszinierenden Buch geben Bernard C. Moore (Michigan) und Luregn Lenggenhagen (Köln) nicht nur einen Einblick in das Verfahren, das

im Oktober vor einem Gericht in Windhoek fortgesetzt wird. Ihre weit gespannte, minutiös recherchierte Darstellung stellt zwei (oder mehr) Jahrhunderte Sozialgeschichte am unteren Oranje dar. Seit jeher durchwanderten die Hirten auf beiden Seiten des Flusses die karge Landschaft auf der Suche nach Wasser. Die Bezugspunkte dieses „river folks“ waren auf



südafrikanischer Seite die katholische Missionsstation in Pella – geführt von den Franz von Sales-Obblaten aus Österreich –, auf namibischer Seite die Siedlung Warmbad, wo der Kapitän der Bondelswarts residiert(e). Deren heftiger Widerstand, geführt vom legendären Jacob Marengo, hatte es 1906 zumindest erreicht, daß die deutsche Kolonialmacht den Bondelswarts ein „Reservat“ zugestand, das

allerdings vom Lebensraum des „river folks“ weit entfernt war. Der Großteil des Landes wurde als Farmland für deutsche Siedler gewidmet, blieb wirtschaftlich aber wenig ertragreich. Für großbetriebliche Landwirtschaft war die Gegend zu trocken, die Nachkriegskonjunktur mit Karakulschafen („Swakara-Pelze“) ging angesichts des Widerstands europäischer Tiereschützer zu Ende, und auch die spärlichen Tantalitvorkommen der Gegend profitierten nur kurzfristig vom nuklearen Rüstungsboom (das könnte sich allerdings heute ändern). Angesichts dessen fiel die „Transhumance“ von ein paar Handvoll Familien und ihrer Herden zwischen Pella und Warmbad kaum ins Gewicht und fand auch bei den Apartheid-Behörden wenig Beachtung. Einen tiefen Einschnitt brachte allerdings die Unabhängigkeit Namibias im Jahr 1990: Nun wurde der Oranje nämlich auch faktisch zu einer Grenze, deren Überschreitung zwar nicht unmöglich, aber mühsam und aufwendig war. Großflächige Irrigation weiter flußabwärts ermöglichte die Wiederbegründung einer namibischen Weinindustrie (INDABA 59/08), schränkte den Lebensraum der autochthonen Hirtenfamilien aber noch weiter ein. Für sie bedeutete der Ankauf der unproduktiven Farmen durch zivilisationsflüchtige südafrikanische Millionäre – und vor allem deren Anspruch auf exklusive Nutzung durch Sperrung bisher öffentlicher Wege – eine ernste Bedrohung.

Für Willem Basson, den Wortführer des „river folks“ und Mitglied der *Bondelswarts Traditional Authority*, geht es bei dem Gerichtsprozeß gegen die nunmehrigen Farmbesitzer um nichts weniger als die Weiterführung einer seit Jahrhunderten gelebten

Existenz. Unterstützt vom *Legal Assistance Center* in Windhoek – einer Partnerorganisation von SADOCC – führt seine Klage das Gewohnheitsrecht („ancestral land rights“) ins Trefen. Die beklagte Partei hingegen rekurriert auf ihr grundbücherlich verbrieftes Besitzrecht und somit auf römisch-niederländisches (also koloniales) Recht. Gleichzeitig versucht sie – wie Moore und Lenggenhagen detailliert zeigen – die Legitimität ihres Besitzanspruchs jenseits der juristischen Ebene zu untermauern: einerseits durch die Deklaration ihres Großgrundbesitzes zu einem privaten „Nationalpark“, der sog. „Orange River – Karoo Conservation Area (ORKCA)“, die zu einer (menschengeleeren) „Wildnis“ rückgebaut werden soll, was andererseits den CO₂-Ausstoß verringern und ORKCA einen Zugang zum Emissionshandel nach dem Kyoto-Protokoll 1997 und somit zu zusätzlichem Investitionskapital verschaffen soll.

„Space is the Ultimate Luxury“ beleuchtet eine wichtige, im Detail wenig bekannte Facette der namibischen Landpolitik im Spannungsfeld von historischem Kontext und einer besonders widerlichen Form von Globalisierung. Auch wenn der Index des Bandes ziemlich schleißig geraten ist, ist derselbe allen an der namibischen Landreform wie auch an juristischen Grundsatzfragen Interessierten vorbehaltlos zu empfehlen.

Walter Sauer

Für Information über den aktuellen Stand des Gerichtsverfahrens danken wir Corinna van Wyk, der Koordinatorin des Land, Environment and Development (LEAD)-Projekts am Legal Assistance Centre in Windhoek.

Botschafter Georg Lennkh verstorben

Georg Lennkh, ehemaliger Diplomat und langjähriger österreichischer Sonderbotschafter für Afrika, ist 85jährig nach einem Unfall in seinem französischen Urlaubsdomizil verstorben.

Lennkh war in den späten 70er Jahren außenpolitischer Berater von Bundeskanzler Bruno Kreisky und Mitorganisator des gescheiterten Nord/Süd-Gipfels mit US-Präsident Ronald Reagan in Cancún 1981. 1983–1993 war er der österreichische Vertreter bei der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) in Paris, anschließend leitete er bis 2004 die österreichische Entwicklungszusammenarbeit.

Im Jahr 2000 berief ihn Nelson Mandela in sein Team für die Friedensverhandlungen in Burundi. Von 2005 bis 2010 wirkte Lennkh als österreichischer Sonderbotschafter für Afrika und von 2006 bis 2010 als EU-Sonderbeauftragter im Tschad. Bis zuletzt war er als Vorstandsmitglied des *Bruno-Kreisky-Forums* für internationalen Dialog aktiv, widmete sich dort dem Dialog zwischen Europa und Afrika und brachte seine jahrzehntelange diplomatische Erfahrung ein.

Im Mai 2025 initiierte er die Präsentation des von SADOCC herausgegebenen Buches zur Geschichte der österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung im Kreisky-Forum.

... **sadocc news** ...

Nelson-Mandela-Tag 2025.

Am 18. Juli 2025 organisierte SA-DOCC zum 9. Mal die traditionelle Kulturwanderung zum Gedenken an Nelson Mandela in der Seestadt Aspern. Neben einem vielseitigen Kulturprogramm sollte die vor siebzig Jahren erarbeitete südafrikanische *Freedom Charter* – eines der grundlegenden Menschenrechtsdokumente des afrikanischen Kontinents – im Vordergrund stehen.

Wie auch schon in den letzten beiden Jahren fand die Eröffnung aufgrund von Bauarbeiten nicht auf dem Mandela-Platz statt, sondern wieder auf dem Wangari-Maathai-Platz. Zur Eröffnung begrüßten Walter Sauer, Bezirksvorsteher Ernst Nevriw und Botschaftsrat Thulani Nyembe in Vertretung von Botschafter Molekane die etwa hundert Gäste.

In der lokalen Zweigstelle der *Volkshochschule Donaustadt* präsentierten wir den Dokumentarfilm *Si'Moya Munye (One Spirit)*, den wir bei der südafrikanischen Filmemacherin und Fotografin Andiswa Mkosi in Auftrag gegeben hatten. Sie hatte sich im Vorfeld umgehört, welche Bedeutung die *Freedom Charter* 70 Jahre nach ihrer Verabschiedung durch den Volkskongreß von Kliptown heute noch in Südafrika hat. Neben Zustimmung zu den politischen Zielsetzungen der *Charter* spiegelte die fünfzehnminütige Doku eine weitverbreitete Unzufriedenheit angesichts der nicht erreichten ökonomischen und sozialen Zielsetzungen wider.

3. Station: In der Buchhandlung *Seeseiten* begrüßte uns Alexandra Sack zur Präsentation des Buches „*Stimmen des Antikolonialismus. Eine globalhistorische Spurensammlung 1615–1915*“ durch Mitherausgeber Clemens Pfeffer (Univ. Wien). Der

FORUM SÜDLICHES AFRIKA

beim Haupteingang des Naturhistorischen Museums,
1010 Wien

Donnerstag, 16. Oktober 2025, 18.00 Uhr

Bedrohte Riesen
Evolution, Biologie und Schutz der Nashörner
FRANK ZACHOS (WIEN)

Die Führung wird in der Ausstellung „Freighted“ der südafrikanischen Künstlerin Fritha Langerman beginnen und sich dann den Nashörnern im Naturhistorischen Museum zuwenden – vor und hinter den Kulissen. Die Evolution von Nashörnern, die die größten Landsäugetiere aller Zeiten hervorgebracht haben und die bei Weitem nicht alle Hörner hatten, wird genauso zur Sprache kommen wie ihre Biologie. Natürlich wird es auch um die akute Bedrohung und Schutzmaßnahmen für die heute lebenden Arten gehen. Als Bonus werden die Teilnehmer/innen zugleich einen Einblick in die Säugetiersammlung des Naturhistorischen Museums und ihre Arbeit jenseits von Nashörnern erhalten.

ACHTUNG!
Geänderter Ort
+ geänderte Zeit

Band versammelt antikoniale Texte aus unterschiedlichen Weltregionen und Kommentare, einen breiten historischen Bogen vom Beginn des 17. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg spannend. Ein Fortsetzungsband für das 20. Jahrhundert ist geplant, in dem auch die *Freedom Charter* Südafrikas Aufnahme finden soll.

Die folgende, ursprünglich outdoor geplante musikalische Darbietung mußte aufgrund des unbeständigen Wetters in den *Yella Yella Nachbar:innen*treff verlegt werden. Adama Dicko (Kamele N'Goni) und Julian Kratochwil (Kalebasse) der Band *Seno Blues* präsentierten Lieder aus Westafrika. Abschließend bat Lydia Williams (ÖNG) Veronika Wittmann, Professorin für Global Studies an der Johannes Kepler-Universität Linz, und Historiker Walter Sauer (Univ. Wien) zum Gespräch über die südafrikanische *Freedom Charter*. Neben Informationen über ihre Entstehung im Jahr 1955 und ihr Revival in den 1980er Jahren ging es vor allem um die Frage, was von ihren Zielsetzungen verwirklicht wurde und wo uneingelöste Verspre-

chen bestehen. Während Walter Sauer die weitgehend uneingelösten sozialen Forderungen hervorhob, betonte Veronika Wittmann, die Freiheitscharta habe in Südafrika den relativ friedlichen Übergang von der Apartheid zur Demokratie ermöglicht.

Der Abend klang mit Jazz vom Saxophonisten Allan Landgraf und Pianisten Dominik Beyer aus. Für das leibliche Wohl sorgten köstliche Speisen von Mario Baumgartner mit seinem Foodtruck *Soupario*.

Birgit Reiter

Zu Besuch bei SADOCC: Kileni Fernando, Werner Hillebrecht (Namibia), Ciraj Rassool (Südafrika).

SADOCC-Bibliothek: Für ihre Unterstützung betr. Mietkosten (INDABA 126/25) danken wir Kurt Greusing, Katrin Vohland, Bernhard Zimmermann und den *Stichproben* sehr herzlich! Unsere Buch- und Plakatbestände zu Zambia erfuhren eine Bereicherung durch Moritz Stroh – auch dafür danke!

Impressionen vom

NELSON MANDELA-TAG 2025

von Alois Pommer



Österreichische Post AG
PZ 22Z042795 P
SADOC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



FREIGHTED – VERFRACHTET

500 Jahre Sammeln
und Ausstellen von
Nashörnern

